

(Abg. Baldauf)

Länder stärken, machen jedoch keine Vorschläge dazu, wie dies geschehen soll. Anscheinend haben Sie keine Vorstellung davon, wie die zentralen Reformen in unserem Land auszusehen haben. Weiter fordern Sie, Maßnahmen zu ergreifen, die die Finanzautonomie der Länder stärken sollen. Auch wir wollen die Stärkung der finanziellen Autonomie der Länder und damit mehr Wettbewerb zwischen ihnen. In Ihrem Antrag findet sich jedoch keine Antwort darauf, wie Sie dieses Ziel erreichen wollen. Parallel dazu fordern Sie eine Reorganisation des kommunalen Finanzausgleichs. Auch im Rahmen dieser Forderung kein Wort dazu, wie Sie den Kommunen helfen wollen. Einer so unseriösen Politik, meine Damen und Herren der Grünen, werden wir nicht folgen. Zum Schluss fordern Sie, Initiativen der Bundesregierung zu unterstützen - man muss hier fragen, welche Initiativen Sie meinen -, die geeignet sind, die Finanzsituation der Bundesrepublik und des Saarlandes zu verbessern. Darunter kann ich mir sehr viel vorstellen.

(Zuruf.)

Meinen Sie damit vielleicht die Abschaffung der Pendlerpauschale oder die Abschaffung der Steinkohlesubventionen? Bei Letzterem werden Sie unsere Unterstützung erhalten.

Vizepräsident Vogtel:

Herr Kollege Baldauf, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Hubert Ulrich?

Abg. Baldauf (FDP):

Ich bitte um Verständnis, meine Zeit ist knapp. Ich möchte im Zusammenhang vortragen.

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Es geht nicht von Ihrer Zeit ab. - Sprechen.)

Also, Herr Ulrich: Meinen Sie die Abschaffung der Pendlerpauschale oder die Abschaffung der Steinkohlesubventionen?

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Ja.)

Sofern Sie Letzteres meinen, haben Sie unsere Unterstützung.

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Ja.)

Oder meinen Sie etwa die Erhöhung der Mehrwertsteuer?

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Nein.)

Sie haben das vorhin in Ihrem Vortrag in Frage gestellt.

(Sprechen und Zurufe.)

Dies ist typisch für Ihre aktuellen Reformvorschläge beziehungsweise Antireformvorschläge: keine Ideen, keine Reformen. Und das wurde in der Bundesrepublik von Ihrer Partei mitgetragen.

(Zurufe des Abgeordneten Ulrich (B 90/Grüne).)

Ich komme abschließend zu den Anträgen von CDU und SPD. Dem der CDU werden wir nicht zustimmen können, denn dort werden wichtige Potenziale an Einsparmöglichkeiten außer Acht gelassen.

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Seriös oder unseriös?)

Kein Wort zu den Nutzungen, kein Wort zu den Möglichkeiten des Einsatzes des Hesse-Gutachtens. Hier liegen zirka 75 Millionen Euro an Einsparmöglichkeiten brach. Dem Antrag der SPD werden wir ebenfalls nicht zustimmen, weil dort jeglicher Wettbewerb fehlt, den wir für unabdingbar halten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP. - Zuruf: Haben Sie auch einen Antrag vorgelegt? - Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Wo ist denn Ihr Antrag? Wo ist denn der FDP-Antrag?)

Wir haben keinen gestellt.

(Zurufe: Bezeichnend. Nichts zu sagen.)

Vizepräsident Vogtel:

Meine Damen und Herren, das Wort hat Kollege Alexander Funk aus Bexbach.

Abg. Funk (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns alle darin einig, das Saarland als eigenständiges Bundesland zu erhalten. Dafür gibt es viele Gründe - historisch gewachsene, aber auch politische. Zu ihnen zählt unter anderem, dass wir unsere saarländischen Interessen im Bund geltend machen wollen. Insofern überrascht mich der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, denn seine Kernforderung lautet: Wenn wir die Eigenständigkeit des Saarlandes sichern wollen, dann müssen wir im Bundesrat unsere Eigenständigkeit aufgeben und jedem Anliegen der Bundesregierung zustimmen. Das, meine Damen und Herren, ist Grüne-Logik, die mir leider verschlossen bleibt.

(Beifall bei der CDU.)

Jedem Gesetz - sei es noch so unsinnig, sei es für unsere Wirtschaft noch so schädlich - soll die Landesregierung zustimmen. Nicht darüber nachdenken, nicht zu einer anderen Bewertung des Sachverhalts kommen, alles egal. Nur nicht die Bundesregierung verärgern, dann wird sie uns schon helfen. Das ist ein Politikverständnis, das mit unserem Verständnis, Verantwortung für unser Land zu übernehmen, nichts, aber auch wirklich gar nichts gemeinsam hat.

(Beifall bei der CDU.)

Einmal davon abgesehen, dass wir Politik nicht als Basargeschäft betrachten - nach dem Motto: Gib mir hier ein wenig, dann bekommst du dort ein wenig - und dass es bei Gesetzen um weitreichende Folgen für die Bevölkerung geht, die man nicht einfach mit einem Kuhhandel über den Tisch ziehen kann, könnte man mit der rot-grünen Bundesregierung überhaupt keinen Deal machen, selbst wenn man es wollte. So unseriös und unzuverlässig ist sie, dass sich keine Landesregierung in Deutschland mehr auf solche Kompensationsgeschäfte einlässt.

(Beifall bei der CDU.)

Zu sehr hat das Beispiel Bremen gezeigt, dass diese Bundesregierung jedem alles verspricht, hinterher jedoch ihre Zusagen nicht einhält.

(Erneuter Beifall bei der CDU.)

Das Land Bremen hat sich im Jahr 2000 bei der Steuerreform auf einen Deal mit der Bundesregierung eingelassen. Es hat deren Zusage sogar schriftlich - nämlich mit dem so genannten Kanzlerbrief - bestätigt bekommen und steht heute mit leeren Händen da. Und jetzt kommen Sie von der Bündnis 90/Die Grünen-Landtagsfraktion und schlagen uns genau einen solchen Deal vor, um unsere Eigenständigkeit zu sichern. Im Übrigen hätten manche Gesetzentwürfe des Bundes Mindereinnahmen nach sich gezogen. So konnte zum Beispiel das Vorziehen der letzten Steuerreformstufe auf das Jahr 2004 erst durch das Engagement der Länder im Bundesrat annähernd aufkommensneutral ausgestaltet werden. Nach Ihrer Theorie hätte die Landesregierung dem Vorhaben der Bundesregierung zustimmen müssen - mit der Folge, dass das Saarland heute noch weniger Einnahmen verbuchen könnte.

Ihre Behauptung, die saarländische Landesregierung blockiere im Bundesrat nur und spreche sich gegen Subventionsabbaumaßnahmen aus, ist zudem sachlich falsch. Ich erinnere an das Haushaltsbegleitgesetz vom 15. August 2003, mit dem die Koch-Steinbrück-Vor-

(Abg. Funk)

schläge umgesetzt wurden. Ich erinnere an das Steuervergünstigungsabbaugesetz aus dem Jahr 2002 und die Umsetzung der dazugehörigen Protokollerklärung. Die saarländische Landesregierung entscheidet weder parteipolitisch motiviert, noch stellt sie der Bundesregierung einen Blankoscheck aus. Sie entscheidet vielmehr nach Abwägung aller Vor- und Nachteile im Interesse der saarländischen Bevölkerung. Das ist unser Politikverständnis.

Auch Ihre Analyse zur Finanzsituation im Saarland ist fehlgeleitet und wenig hilfreich. So behaupten Sie, die Schulden blieben vorrangiges Problem dieses Landes. Tatsache aber ist, dass das Saarland gemessen an der Pro-Kopf-Verschuldung Anschluss an andere Bundesländer gefunden hat. So ist von 1993 bis 2004 die Pro-Kopf-Verschuldung der westdeutschen Flächenländer im Durchschnitt um 69,7 Prozent gestiegen, im Saarland dagegen lediglich um 1,8 Prozent. In Rheinland-Pfalz zum Beispiel, wo Ministerpräsident Beck regiert, der ja das Saarland am liebsten auflösen würde, hat die Pro-Kopf-Verschuldung von 3.184 auf 5.727 Euro zugenommen; das ist eine satte Steigerung von 79,9 Prozent. Das Saarland hat in jedem Jahr des Sanierungszeitraums zwischen 1994 und 2004 alle Sanierungsaufgaben erfüllt. Hier schließe ich ausdrücklich die Regierungszeit der SPD mit ein. Seit elf Jahren werden im Saarland große Sparanstrengungen unternommen, und zwar mit Erfolg. Die vom Land gestaltbaren Pro-Kopf-Ausgaben sind so niedrig wie in keinem anderen Bundesland. Darüber hinaus konnte das Saarland auch in wirtschaftlicher Hinsicht merklige Erfolge erzielen. Bei der Arbeitslosenquote erreichte es unter den 16 Bundesländern inzwischen Rang fünf.

Trotz dieser Fortschritte ist die extreme Haushaltsnotlage noch nicht endgültig überwunden. Das Hauptproblem des Saarlandes bleibt die massive Erosion der Steuereinnahmen in Verbindung mit andauernden strukturellen Vorbelastungen in der Größenordnung von jährlich etwa 300 Millionen Euro, wie sie im Renzsch-Gutachten beschrieben sind.

Bündnis 90/Die Grünen fordern in ihrem Antrag eine Stärkung der Finanzautonomie der Länder. Der Ansatzpunkt ist grundsätzlich richtig. Größere Finanzautonomie bedeutet allerdings gleichzeitig größere Eigenverantwortung für die Haushaltskonsolidierung. Im Klartext: Mehreinnahmen durch höhere Steuern bei gleichzeitigem drastischen Kürzen aller Ausgaben. Beides wirkt sich jedoch negativ auf die Standortattraktivität aus. Ohne begleitende Hilfe von außen ist daher eine größere Finanzautonomie allein auf lange Sicht kontraproduktiv.

Die Forderung der SPD in ihrem Antrag ist hinfällig, wie der Ministerpräsident bereits gesagt hat. Die Reform des Föderalismus wurde von ihrem Bundesvorsitzenden abgesagt. In diesen bewegten Zeiten kann das die SPD-Landtagsfraktion durchaus einmal übersehen.

(Lachen und Beifall bei der CDU.)

Vielleicht klären Sie das zunächst einmal parteiintern. Dort gibt es ja noch einiges zu klären.

Die Föderalismusreform ist ein wichtiges Projekt, das erfolgreich zum Abschluss gebracht werden muss, keine Frage. Wir haben in Deutschland aber ein viel größeres Problem, und für dieses Problem ist niemand sonst als die rote-grüne Bundesregierung verantwortlich: Massenarbeitslosigkeit. - Über 5 Millionen Menschen sind in Deutschland arbeitslos gemeldet. Weitere 3 Millionen sind in Beschäftigungsmaßnahmen oder aus anderen Gründen aus der Statistik gefallen. Insgesamt gibt es also über 8 Millionen Menschen in Deutschland, die gerne einer geregelten Beschäftigung nachgehen würden. Das sind 8 Millionen Menschen, die sich gerne stärker am Steueraufkommen in der Bundesrepublik beteiligen würden - wenn man sie denn ließe. 8 Millionen Menschen, deren finanzieller Beitrag in den Sozialkassen weitgehend fehlt, die die öffentlichen

Haushalte im Gegenteil noch stark belasten. Das ist der wahre Grund für die Finanzkrise in Deutschland. Die Zahl von 40.000 Unternehmenspleiten in Deutschland zeigt, dass keine Rede davon sein kann, dass die Bundesregierung günstige Rahmenbedingungen für Firmen geschaffen hat. Der internationale Vergleich belegt vielmehr, dass das Gegenteil der Fall ist.

Wenn wir in Deutschland die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen wollen, gelingt uns das nicht mit einer dummen Kapitalismuskritik. Um Deutschland auf den Wachstumspfad zurückzuführen, brauchen wir einen flexiblen Arbeitsmarkt, weniger Bürokratie, international konkurrenzfähige Steuersätze und mehr Unternehmer. Nur wenn sich die Unternehmen in Deutschland wohl fühlen, werden sie hier zu Lande investieren und Arbeitsplätze schaffen. Aber insbesondere der Arbeitsmarkt ist überreguliert und wenig flexibel. Gerade der Mittelstand, der die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft und das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bildet, leidet unter zu vielen Auflagen, Vorschriften und Verboten. Nicht zuletzt deshalb ist Deutschland Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum innerhalb der Europäischen Union. Daher brauchen wir eine Stärkung der Selbstverantwortung und mehr unternehmerische Freiheit.

Mein Fazit umfasst fünf Schlussfolgerungen: Erstens. Wir wollen alle die Eigenständigkeit des Saarlandes erhalten. Zweitens. Dafür sind zwei wesentliche Voraussetzungen zu schaffen: Weitere Finanzhilfen des Bundes, um unsere strukturellen Nachteile auszugleichen, und ein höheres Wirtschaftswachstum und dadurch Abbau der Massenarbeitslosigkeit. Drittens. Die rot-grüne Bundesregierung kann oder will diese Voraussetzungen nicht schaffen. Sie will weder die Haushaltsnotlage des Landes anerkennen, noch hat sie den Sachverstand, die wirtschaftspolitischen Probleme Deutschlands zu lösen. Viertens. Die Bundesregierung ist daher im Herbst abzuwählen.

(Lachen und Beifall bei der CDU.)

Fünftens. Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen ist in weiten Teilen nicht geeignet, die Probleme des Saarlandes zu lösen und wird daher von uns abgelehnt. - Danke schön.

(Beifall von der CDU.)

Vizepräsident Vogtel:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Ulrich.

Abg. Ulrich (B 90/Grüne):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Funk, Sie haben in manchem von dem, was Sie gesagt haben, Recht.

(Oho-Rufe und Beifall bei der CDU.)

Das Saarland hat in den letzten Jahren in manchen finanzpolitischen Punkten Anschluss an andere Bundesländer gefunden. Aber was ist die Ursache dafür? Ist die Ursache etwa das Agieren der saarländischen Landesregierung? Ist die Ursache etwa das Agieren des Ministerpräsidenten? - Nein, die Ursache liegt darin, dass diese von Ihnen eben so gescholtene rot-grüne Bundesregierung dem Saarland die Milliarden an Teilentschuldung zur Verfügung gestellt hat, damit das überhaupt geschehen konnte. Das ist der Grund und nichts anderes.

(Beifall bei SPD und B 90/Grüne. - Zurufe von der CDU.)

Diese Milliarden der Teilentschuldung, die das Saarland in die etwas bessere Position gebracht haben, wurden nicht in Karlsruhe erklagt. Die hat die rot-grüne Bundesregierung aus politischen Erwägungen heraus zu Verfügung gestellt. Das ist der positive Teil von Rot-Grün für das Saarland.